

# Ökonomische Erreichbarkeit: ein Konzept zur Messung der Wirkung der staatlichen Förderung des Wohnens in der Bundesrepublik Deutschland

Stache, Dietrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

## Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stache, D. (1981). Ökonomische Erreichbarkeit: ein Konzept zur Messung der Wirkung der staatlichen Förderung des Wohnens in der Bundesrepublik Deutschland. In W. Schulte (Hrsg.), *Soziologie in der Gesellschaft: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Ad-hoc-Gruppen und des Berufsverbandes Deutscher Soziologen beim 20. Deutschen Soziologentag in Bremen 1980* (S. 145-149). Bremen: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-188570>

## Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

## Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# OEKONOMISCHE ERREICHBARKEIT: EIN KONZEPT ZUR MESSUNG DER WIRKUNG DER STAATLICHEN FÖRDERUNG DES WOHNENS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Dietrich Stache

## I. Vorbemerkungen

Im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Systems sozialer Indikatoren der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird ein Indikator mit dem Namen "economic accessibility" bzw. "Ökonomische Erreichbarkeit" zur Messung der Verringerung der finanziellen Zugangsbarrieren bei ausgewählten wichtigen Gütern (Leistungen im Bereich des Gesundheitswesens, Erziehung und Wohnen) durch Vergünstigungen Dritter - insbesondere des Staates - diskutiert. Die von der OECD vorgelegten ersten Diskussionsvorschläge wurden im Statistischen Bundesamt weiterentwickelt und ihre Realisierungsmöglichkeiten im Hinblick auf Vergünstigungen des Wohnens mit Hilfe des statistischen Materials der 1 %-Wohnungssstichprobe 1972 getestet.

## II. Konzept des Indikators der ökonomischen Erreichbarkeit

### 1. Allgemeine Bemerkungen

Erreichbarkeitsindikatoren dienen allgemein dem Zweck, Ausmaß und Überwindung räumlicher, wirtschaftlicher, zeitlicher und gesellschaftlicher Barrieren zu messen. Die Indikatoren der ökonomischen Erreichbarkeit sollen Aussagen über die Überwindung finanzieller Barrieren erlauben. Nach der vorläufigen Arbeitsdefinition der OECD soll dieser Indikator messen: "the impact of governmental and other ways of lowering the financial burdens caused by the utilisation of socially important goods to households and population groups" (OECD 1976).

Die Indikatoren der ökonomischen Erreichbarkeit beziehen sich in erster Linie auf ausgewählte sozial wichtige Güter. Dabei handelt es sich um Waren und Dienstleistungen (im folgenden kurz Güter genannt), die Haushalten bereits unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden, d.h. für deren Inanspruchnahmen Haus-

halte nicht den Marktpreis oder - bei Fehlen eines Marktpreises - einen kostendeckenden Preis bezahlen müssen, oder um Güter, für die Haushalte zweckbezogene Zuwendungen (Beihilfen, Zuschüsse u.ä.) empfangen.

Ausgangspunkt der Überlegungen war, die finanziellen Auswirkungen einer Vergünstigung eines bestimmten Gutes zu messen. Dies beinhaltet, daß nicht-monetäre Aspekte der Vergünstigung eines Gutes (z.B. der Nutzen eines höheren Wohnkomforts bei Inanspruchnahme einer qualitativ besseren Wohnung im Falle der Vergünstigung des Wohnens) ausgeklammert werden. Damit werden aber zugleich die Komponenten festgelegt, die in dem Indikator berücksichtigt werden sollen. Zum einen geht es um die Verringerung der Ausgaben für dieses Gut. Zum anderen muß die finanzielle Leistungsfähigkeit des jeweiligen Haushaltes beachtet werden, d.h. das dem Haushalt normalerweise zur Verfügung stehende Einkommen.

Eine wichtige Frage im Zusammenhang mit der Konstruktion des Indikators war es, ob die Verringerung der finanziellen Barrieren beim Erwerb dieses Gutes direkt in bezug auf dieses Gut oder in einem mehr indirekten Ansatz ermittelt werden soll. Geht man von der Überlegung aus, daß das verfügbare Einkommen nur für das betrachtete Gut und für andere Güter eines bestimmten Güterbündels verwendet oder gespart werden kann, so bedeutet das, daß eine Verringerung der Ausgaben für das betrachtete Gut den Spielraum des Haushaltes vergrößert, mehr andere Güter zu erwerben. Die Wirkung der Vergünstigung eines Gutes kann also - indirekt - durch die verbesserte ökonomische Situation des Haushaltes im Hinblick auf das Mehr an Verfügbarkeit über andere Güter gemessen werden. Der OECD-Ansatz folgt dieser indirekten Messung.

## 2. Indikatorformel

Als Indikator wird vorgeschlagen:

$$I = \frac{\text{Vergünstigung (z.B. Mietersparnis)}}{\text{Für andere Güter verfügbares Einkommen}} \cdot 100$$

$$\text{oder: } I = \frac{X - r + w}{Y - r} \cdot 100$$

Dabei ist:

Y: Verfügbares Haushaltseinkommen

x: Marktpreis (z.B. Marktmiete)

r: Tatsächlich gezahlter Preis (z.B. tatsächlich gezahlte Miete; im Fall des öffentlich geförderten Wohnungsbaus die verbilligte Miete)

w: Empfangene zweckbezogene finanzielle Zuwendung (z.B. Mietbeihilfe/Wohngeld)

Der Zähler dieses Indikators gibt den Wert der Vergünstigung (z.B. Mietersparnis) an, d.h. die Summe aus der Verbilligung des Gutes, dargestellt als Differenz zwischen Marktpreis und tatsächlich gezahltem Preis, und der empfangenen finanziellen Zuwendung. Der Nenner stellt das für andere Güter verfügbare Einkommen dar.

Der Indikator zeigt, wie groß die Vergünstigung (z.B. Mietersparnis) in Prozent des für andere Güter verfügbaren Einkommens ist. Er weist damit nach, inwieweit Haushalte als Folge der Vergünstigung des Gutes (z.B. Wohnungsnutzung) zusätzlich andere Güter erwerben können, inwieweit sie also ökonomisch besser gestellt werden.

### III. Anwendung des Indikators zur Messung von Vergünstigungen im Bereich des Wohnens

#### 1. Aufgabenstellung

Um zu prüfen, inwieweit die von der OECD vorgeschlagenen Indikatoransätze auch praktisch angewendet werden können, wurde zwischen der OECD und interessierten Mitgliedstaaten vereinbart, Proberechnungen zu den Bereichen Wohnen, Gesundheitswesen und Erziehung auf der Basis des in einzelnen Ländern verfügbaren statistischen Materials durchzuführen.

Vom Statistischen Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland wurde die Aufgabe übernommen, Indikatoren der ökonomischen Erreichbarkeit für den Bereich Wohnen in der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis der tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen zu berechnen. Bei diesen Untersuchungen handelte es sich um Proberechnungen mit dem Ziel, die Realisierbarkeit der Indikatorenvorschläge zu testen. Es wurde jedoch nicht in erster Linie angestrebt, repräsentative Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland zu erhalten.

#### 2. Berechnungsgrundlagen

Die Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland wurden mit dem statistischen Einzelmaterial der 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 durchgeführt. Die Wohnungsstichprobe enthält weitgehend die für die Berechnung des Indikators der ökonomischen Erreichbarkeit relevanten Angaben wie Einkommen der privaten Haushalte, tatsächlich

gezahlte Miete und Vergünstigungsform sowie hinreichend detaillierte zusätzliche Informationen, die die notwendigen Schätzungen zu fehlenden Angaben ermöglichen. Berücksichtigt wurden die Verbilligung der Miete im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues und das an Haushalte gezahlte Wohngeld.

### 3. Ergebnisse

Die in die Untersuchung einbezogenen Haushalte der 1 %-Wohnungstichprobe 1972 repräsentieren hochgerechnet rd. 17,8 Mill. Haushalte. Das sind etwa 80 % der rd. 22 Mill. Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr. Von den 17,8 Mill. Haushalten empfangen 1972 nach den Ergebnissen der Untersuchung 72,3 % keine Mietvergünstigung, d.h. sie wohnten weder in öffentlich geförderten Wohnungen noch erhielten sie Wohngeld. 17,8 % der Haushalte hatten eine Mietersparnis bis zu 5 % des verfügbaren Einkommens nach Abzug der tatsächlich gezahlten Miete. Rund 10 % der Haushalte hatten eine Mietvergünstigung von über 5 %. Diese machte bei 1,4 % der Haushalte sogar über 50 % des für andere Güter verfügbaren Einkommens aus.

Rund 5 % der Haushalte empfangen 1972 Wohngeld. Die Gewährung des Wohngeldes ist in der Bundesrepublik Deutschland unter Beachtung der Haushaltsgröße an die Höhe des Nettoeinkommens gebunden. Von den Haushalten in der Einkommensgruppe bis unter 1 000 DM Nettoeinkommen pro Monat empfangen 1972 rd. 11 % Wohngeld. Bei 5,3 % dieser Haushalte machte 1972 das Wohngeld zwischen 10 und 30 % des für andere Güter verfügbaren Einkommens aus. Von Haushalten mit höherem Einkommen empfangen nur sehr wenige Wohngeld. Der Indikator der ökonomischen Erreichbarkeit zeigt, bezogen auf das Wohngeld, eine deutlich redistributive Wirkung.

Hinsichtlich der redistributiven Wirkung anders zu beurteilen ist der öffentlich geförderte Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland. Rund 25 % aller Haushalte, die in die Untersuchung einbezogen wurden, wohnten in öffentlich geförderten Wohnungen. In der Gliederung nach Einkommensgrößenklassen lag der höchste Anteil der Haushalte nicht in der untersten, sondern in den beiden mittleren Einkommensgrößenklassen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß mit der öffentlichen Förderung des Wohnungsbaues in der Bundesrepublik Deutschland seit Ende des letzten Krieges mehrere Ziele verfolgt wurden, nämlich Förderung des Baues von Wohnungen, Vermögensbildung

in breiten Schichten der Bevölkerung und Schaffung von preiswerten Wohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen. Bei den Haushalten, die in öffentlich geförderten Wohnungen wohnten, machte die Mietersparnis in weitaus den meisten Fällen 1 bis 5 % des verfügbaren Einkommens nach Abzug der tatsächlich gezahlten Miete aus.

#### Literatur:

Brünnger, H. und Stache, D., 1979: Economic Aecessibility. A Concept for Measuring the Outcome of Subsidising Specific Services. Vortrag anlässlich der 16. Generalkonferenz der "International Association for Research in Income and Wealth", Pörschach, Österreich, 19. - 26. August 1979  
 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), 1976: Common Development Effort No. 12 "Economic Accessibility". Conclusions of 1st Meeting held on 21st - 22nd October, 1976, unveröff. Dokument SME/SI/CDE12/76.65 (restricted)